

fmCh newsletter

Ein Rundschreiben der fmCh an ihre Mitglieder

Unerfreuliches



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Von Natur aus Optimist neige ich nicht zur Verbreitung von Katastrophenstimmung. Aber aktuell sieht die Realität für die Schweizer Ärzteschaft nicht gut aus.

Nach der Publikation der Prämien-Erhöhung ist diesmal der alljährliche Herbst-Sturm in den Medien nicht mehr abgeflaut.

Zuerst publizierte die Firma Price-Waterhouse-Coopers PWC eine Studie. Es könne eine Milliarde Franken gespart werden, wenn alles was medizinisch möglich sei, auch konsequent ambulant operiert werde.

Die Konkurrenz zog nach. Ernst & Young errechnete in einer Studie, dass sich die Krankenkassen-Prämien in den nächsten 15 Jahren verdoppeln werden.

Dass die Tarifpartner die gesetzte Frist zur Einreichung eines revidierten Tarifs nicht einhalten konnten missfiel den Medien und Politikern zusätzlich. Ursache und Schuld für das Debakel interessiert niemanden.

Ob alldem ist die Politik aufgeschreckt. Volksvertreter von links bis rechts wollen jetzt handeln.

Erstens macht der Bundesrat gemäss KVG von seiner subsidiären Kompetenz Gebrauch. Das BAG wird in Kürze ihren Tarifeingriff zur Vernehmlassung präsentieren. Diesmal soll es nicht um 200 Millionen gehen, wie beim letzten Mal. Man spricht vom

Dreifachen. Umgesetzt wird der Amtstarif am 01.01.2018. Bis dann gilt TarMed 1.08 BR.

Zweitens wurde in den letzten Tagen bekannt, dass das Bundesparlament eine Gesetzesänderung vorbereitet. Noch wird spekuliert, ob „nur“ die Tarif-Hoheit dem Bundesrat übertragen oder auch schon das Globalbudget ins KVG geschrieben werden soll.

Drittens hat im Kanton Luzern die Gesundheitsdirektion unter dem programmatischen Titel „ambulant vor stationär“ eine Liste dekretiert. Für die darin enthaltenen Operationen wird der Kanton ab Sommer 2017 keine stationären Behandlungen mehr bezahlen. Die Kantone Zürich und Waadt, sowie das BAG werden demnächst ebenfalls mit ähnlichen Listen folgen.

Viertens will die FINMA die Prämien in den Zusatzversicherungen durchleuchten. Der Mehrwert der bezahlten Zusatz-Honorare müsse klar ausgewiesen werden, ansonsten diese gesenkt werden müssten.

Fünftens will der Kanton Zürich die Halbprivat- und Privat-Entgelte der Ärzte und Spitäler besteuern. Was dem Präsidenten der Gesundheitsdirektoren-Konferenz recht ist wird bald den Regierungen anderer Kantone billig sein.

Was bedeutet das alles für die fmCh? Und was für die Basismitglieder?

Die Zeit für Träume von Honorarerhöhungen und Teuerungsausgleich ist vorbei, ebenso für Querelen innerhalb der Ärzteschaft.

In weiser Vorahnung hat die fmCh schon 2015 Vorgespräche mit SantéSuisse für einen Pauschalentarif geführt und 2016 die Tarifunion gegründet. Der Pauschalentarif nimmt Formen an. Noch wollte das BAG dazu nicht Stellung nehmen, man benötige mehr Daten. Diese werden geliefert, sobald man weiss, was überhaupt verlangt wird. Ungeachtet dessen ist eine vertragliche Lösung zwischen den Partnern KVG-konform. Nach anfänglichen Bedenken findet auch die FMH die Pauschalen gut und viele Parlamentarier anerkennen den Pauschalentarif als lösungsorientiertes Projekt.

Unter dem Zeitdruck der Politik hat die FMH nach der Urabstimmung das Projekt TARCO gestartet. CO steht für Konsens. Wer mitmachen will, verpflichtet sich zu Kompromissen. Trotz Pauschalentarif muss den chirurgisch und invasiv Tätigen

weiterhin auch ein Einzelleistungstarif zur Verfügung stehen. Daher haben die fmCh und die Tarifunion entschieden, bei TARCO mitzumachen und die Interessen der Basismitglieder einzubringen. Die übergeordneten Bereiche wie quantitative und qualitative Dignitäten, Sparten, OP-Assistenzen werden in Arbeitsgruppen bearbeitet. Die Delegiertenversammlung der FMH hat am 26.01.2017 dem gemeinsam erarbeiteten Dignitätenkonzept zugestimmt. Die Arbeiten an „Sparten, OP, Assistenten“ sind ebenfalls weit fortgeschritten. Bei der Revision der OP-Sparten zeichnet sich eine Lösung mit einer Sockelleistung ab, auf die dann die TL- Elemente aufbauen. Die Bearbeitung der einzelnen Kapitel durch die betroffenen Fachgesellschaften hat soeben begonnen. Danach müssen die anderen Tarifpartner, H+ und die Versicherungen einbezogen werden.

Gelingt eine möglichst rasche Tarifrevision kann vielleicht die Politik etwas besänftigt werden. Nach wie vor sind jedoch linke Kreise für eine volle Verstaatlichung des Gesundheitswesens mit Finanzierung über Steuergelder und behördlich festgesetzten Honoraren. Rechts wird der Ruf nach Aufhebung des Vertragszwangs immer lauter. Die fmCh, die FMH, der Belegarztverband und die kantonalen Ärztesellschaften müssen gemeinsam alles unternehmen um zu retten, was zu retten ist.

Trotzdem sei allen Kolleginnen und Kollegen empfohlen, ihre Budgets nach unten anzupassen!

Kollegiale Grüsse
Josef E. Brandenburg
Präsident fmCh

Haben Sie Fragen?
Das Generalsekretariat ist gerne für Sie da!
Tel 032 329 50 00



Mit dem Newsletter der fmCh informieren wir Sie kurz und bündig über Neuigkeiten der Gesundheitspolitik und der fmCh. Rückmeldungen sind nicht nur erlaubt, sondern erwünscht und werden, soweit passend, publiziert : info@fmch.ch

<http://www.facebook.com/generalsekretariatfmCh>

Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche !

Das Generalsekretariat der fmCh

